



# stuttgart info

der Gewerkschaft  
Erziehung  
und Wissenschaft  
Kreis Stuttgart

März 2021

# 132



## Wo setzen wir am 14. März unser Kreuz?

Inhalt	Seite	Seite	
Wahlprogramme der Parteien	2-4	Die GEW macht Sinn, auch für Pensionär*innen	9
Jubiläum statt Jammerjahr	5/6	Brief an die Landtagsabgeordneten	8
Tarifverhandlungen	7	Die aktive GEW	10-12

## Landtagswahlprogramme der Parteien zum Thema Schule und Bildung

Vor der anstehenden Wahl möchten wir einen Überblick geben, wofür die einzelnen Parteien beim Thema Bildungspolitik stehen, denn manche Kolleg\*innen waren vielleicht nach den letzten Wahlen etwas überrascht, welche Maßnahmen die von ihnen gewählten Parteien in der Bildungspolitik ergriffen haben. Wir beschränken uns dabei auf die Parteien, die eine realistische Chance haben an einer künftigen Regierung beteiligt zu sein. Selbstverständlich hat unsere Übersicht keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir versuchen hauptsächlich zu erläutern, in welchen Bereichen Neuerungen geplant sind.

Wie im Wahlkampf zu erwarten, fordern fast alle Parteien mehr Geld für Bildung und mehr Lehrkräfte an den Schulen. Dem stehen gleichwohl Bekenntnisse zu einer sparsamen Haushaltspolitik gegenüber. Es ist auch keine Überraschung, dass die Regierungsparteien einerseits die Verbesserungen des Bildungswesens durch ihre Politik betonen, die Oppositionsparteien andererseits aber das sinkende Leistungsniveau an den Schulen durch eben diese Politik beklagen.

Digitale Bildung wollen alle und außer der AfD finden natürlich auch alle großen Parteien Toleranz, Gleichberechtigung und Vielfalt wichtig.

1. Das Wahlprogramm der Grünen zum Thema Bildung ist sehr umfangreich (25 Seiten), dabei aber nicht immer frei von Wiederholungen und manchmal etwas abstrakt. Die Grünen wollen ein Bildungssystem, welches allen Kindern individuelle Entwicklungsmöglichkeiten und Chancengerechtigkeit bietet.

Die Sprachbildung in den Kitas soll ausgebaut werden, Kita-Gebühren sollen einkommensabhängig sein.

Ganztagsschulen soll es nicht nur im Grundschulbereich, sondern auch in den weiterführenden Schulen geben.

Die Gemeinschaftsschule sehen sie als Erfolgsmodell, das weiter ausgebaut werden soll.

Die Realschulen sollen die Schüler\*innen wie bisher auf den mittleren Bildungsabschluss und den Hauptschulabschluss vorbereiten.

Die Werkrealschulen kommen im Wahlprogramm nicht vor. Die SBBZen kommen ebenfalls nicht vor.

Schulen in freier Trägerschaft sollen gefördert werden und auch Schüler\*innen aus sozial schwächeren Verhältnissen offenstehen.

Die Inklusion möchten die Grünen durch zusätzliches Betreuungspersonal und Lehrkräfte weiter fördern. Hier soll das Zwei-Pädagog\*innen-Prinzip realisiert werden.

Die Digitalisierung der Schulen soll ausgebaut werden. Alle Schüler\*innen sollen mit einem digitalen Endgerät ausgestattet werden. Die Grünen wollen den Bildungserfolg von der sozialen Herkunft abkoppeln.

Den Leistungsbegriff im Bildungswesen wollen sie neu denken. Nicht in erster Linie Faktenwissen, sondern die Fähigkeit Verantwortung zu übernehmen und Problemlösungsstrategien zu

entwickeln, sind dabei wichtig. Gleichzeitig stehen die Grünen für ein leistungsstarkes Bildungssystem, mit dem wir im internationalen Vergleich an der Spitze mitspielen können.



*Die Grünen fordern das 2-Pädagog\*innen-Prinzip, mehr Ganztageschulen, mehr Chancengerechtigkeit*

„Es muss selbstverständlich werden, dass sich Schulen kontinuierlich weiterentwickeln.“ Regelmäßige schulinterne digitale Befragungen sollen dazu beitragen. Die Schulleitungen sollen gestärkt und besser unterstützt werden. An den Grundschulen sollen die Schulleitungen weiter von Lehrverpflichtungen entlastet werden, damit sie ihre Leitungsaufgaben besser wahrnehmen können. Das grüne Wahlprogramm sieht vor Führungskompetenzen bereits im Studium zu vermitteln. Außerdem sollen in den Grundschulen multiprofessionelle Teams zum Einsatz kommen. Zu diesen Teams sollen Pädagog\*innen, Psycholog\*innen, Logopäd\*innen u.a. gehören.

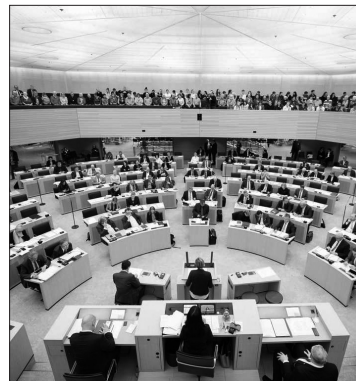
Eine höhere Besoldung von Grundschul- oder Fachlehrer\*innen ist nicht vorgesehen.

2. Das Wahlprogramm der CDU zur Bildung reicht über dreieinhalb Seiten und ist dabei meist recht konkret.

Sie bekennt sich zum bestehenden mehrgliedrigen Schulsystem, ohne einzelne Schularten hervorzuheben.

In der Grundschule plant die CDU die verbindliche Empfehlung für die weiterführende Schule wieder einzuführen.

Schulleitungen sollen mehr Zeit für Leitungsaufgaben erhalten, sobald eine Entspannung in der Lehrerversorgung dies zulässt.



Der Lehrerberuf soll attraktiver werden; der Beruf soll in der Öffentlichkeit mehr Anerkennung und Wertschätzung erfahren. Dem Leistungsgedanken will die CDU wieder mehr Platz einräumen. „Niederlagen und Misserfolge gehören zur Schullaufbahn genauso dazu wie Erfolge“. Die Lehrer sollen dafür verstärkt aus- und weitergebildet werden.



*Die CDU fordert klare Leistungsstandards für Abschlüsse, Ausbau der Digitalisierung, Stärkung des Leistungsgedankens*

Im Bildungsplan beabsichtigt die CDU klare Leistungsstandards für Abschlüsse und oder Einschulung zu verankern. Erhöhte Fehlzeiten sollen zu einer Klassenwiederholung führen. Die Förderung der Handschrift ist ebenso wichtig wie der Umgang mit digitalen Medien. Durch politische Bildung in allen Altersstufen sollen die Schüler\*innen zu mündigen, verantwortungsbewussten und aktiven Bürger\*innen werden. Die Akzeptanz der Polizei soll unter Jugendlichen verbessert werden.

Die Digitalisierung soll ausgebaut werden. Alle Schüler\*innen sollen entsprechend ausgestattet und unterstützt werden.

Bei der Verteilung der Lehrer\*innenstellen soll das soziale Umfeld berücksichtigt werden.

Lehrer\*innen sollen sich mehr auf den Unterricht konzentrieren können und daher von außerschulischen Partnern multiprofessionell unterstützt werden.

Eine höhere Besoldung von Grundschul – oder Fachlehrer\*innen ist nicht vorgesehen.

3. Das Wahlprogramm der SPD ist vergleichsweise übersichtlich; es passt auf zweieinhalb Seiten. Dafür enthält es aber auch kaum Gemeinplätze und Wiederholungen. Die SPD will mehr in Bildung investieren, mehr Lehrer\*innen ausbilden und einstellen. In der Inklusion soll das Zwei-Pädagog\*innen-Prinzip umgesetzt werden.

## **Die SPD will mehr in Bildung investieren.**

Angestellte Lehrer\*innen (gemeint sind wohl Anwärter\*innen aber nicht befristet beschäftigte Arbeitnehmer\*innen) und Referendar\*innen, die übernommen werden, sollen in den Sommerferien bezahlt werden.

Die Digitalisierung soll vorangebracht werden. Die Lehrer\*innen sollen hierfür aus – und weitergebildet werden. Für die IT-Systemadministration sollen Fachkräfte eingestellt werden.

Die bestehende Ungerechtigkeit im Bildungssystem soll überwunden werden. Ziel ist daher ein Zwei-Säulen-System aus Gymnasium und integrierten Schulformen. Die Gemeinschaftsschule soll daher weiter ausgebaut werden.

Realschulen und Werkrealschulen kommen im Wahlprogramm der SPD nicht vor. Ein Zwei-Säulen-System könnte ihr Aus bedeuten.

Die Schüler\*innen sollen das neunjährige Gymnasium wählen können, wo es die regionale Schulentwicklung zulässt.

Das Ganztagesangebot möchte die SPD ausbauen, auch in den Ferien.

Bildung soll kostenfrei sein, von der Kita bis zur Meisterprüfung. Die berufliche Bildung soll aufgewertet werden.

Eine höhere Besoldung von Grundschul – oder Fachlehrer\*innen ist nicht vorgesehen.



*Die SPD fordert weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschule, Bildung muss von der Kita an kostenfrei sein.*

4. Das Bildungswahlprogramm der FDP für die Schulen erstreckt sich über 11 Seiten.

Die FDP will einen „Kraftakt“ für erstklassige Bildung leisten, um den Rückfall der Schüler\*innen Baden-Württembergs auf Mittelmaß zu stoppen und das Land wieder an die Spitze im bundesweiten Vergleich zu bringen.

Das mehrgliedrige Schulsystem soll dabei erhalten bleiben. Die verbindliche Grundschulempfehlung soll wieder eingeführt werden, die weiterführenden Schulen dürfen aber über von ihr abweichende Bewerbungen entscheiden.

Die Schulen sollen ihr Bildungsangebot verstärkt selbst gestalten. Im Wettbewerb mit anderen Schulen soll dadurch die Bildungsqualität verbessert werden.

Die Schulleitungen sollen von Verwaltungsaufgaben entlastet werden. Wie das erreicht werden soll, wird nicht beschrieben.

Schulversuche plant die FDP durch einen Innovationsfond zu fördern.



# Landespolitik und Schule

Die FDP will den Lehrkräftemangel bekämpfen, indem der Beruf attraktiver wird. Dazu sollen Referendar\*innen und Vertretungslehrer\*innen über die Sommerferien bezahlt werden und die Beförderung von Fachlehrer\*innen erleichtert werden.

Die Schulen sollen mehr Eigenverantwortung bei der Auswahl und Entwicklung von Personal bekommen. Gleichzeitig sollen ausreichend Ressourcen für Vertretungen und eigene Schwerpunkte bereitgestellt werden.



Die offene Ganztageschule soll neben der gebundenen Form erhalten bleiben.

Die FDP will die Schulen dabei unterstützen gegen Mobbing vorzugehen. Dabei sollen ein Leitfadensystem und qualifizierte Ansprechpartner\*innen helfen.

Die Verbindlichkeit der Schulbezirke bei den Grundschulen soll abgeschafft werden.

Die FDP will die Haupt- und Werkrealschulen erhalten und fördern.

Die „Privilegien“ der Gemeinschaftsschulen sollen aufgehoben werden. Die Schulart soll von ihren „ideologischen Fesseln“ befreit werden. Es sollen keine weiteren Oberstufen mehr eingeführt werden.

Die Realschulen sollen gestärkt werden. Sie sollen selbst entscheiden dürfen, ob sie auch den Hauptschulabschluss anbieten wollen. Die FDP will verhindern, dass die Realschulen Elemente der Gemeinschaftsschulpädagogik übernehmen müssen.

Die Gymnasien sollen zwischen G8 und G9 wählen dürfen und die Möglichkeit erhalten offene oder gebundene Ganztageschule zu werden.

Berufliche und akademische Ausbildung soll gleichwertig sein, die duale Ausbildung soll nicht an Bedeutung verlieren.

Die SBBZen sollen erhalten bleiben, die Inklusion in geeigneten Fällen und soweit personelle und technische Ressourcen vorhanden sind, ermöglicht werden. Schulgebäude sollen barrierefrei ausgebaut werden. Der Zugang zum Studium der Sonderpädagogik soll erleichtert werden, um Lehrer\*innen zu gewinnen.

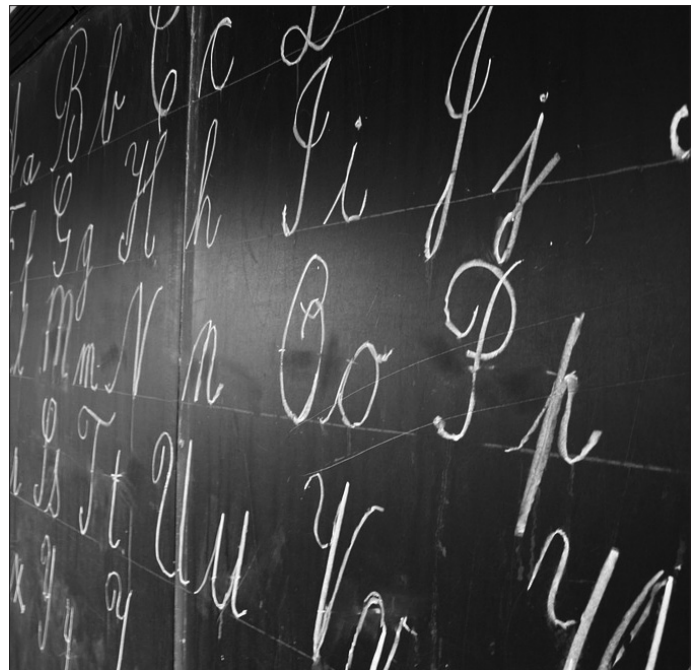
Die Unterstützung der Privatschulen soll ausgebaut werden.

Selbstverständlich will auch die FDP digitale Bildung fördern. Die Lehrer\*innen sollen entsprechend weitergebildet werden.

Eine höhere Besoldung von Grundschul – oder Fachlehrer\*innen ist nicht vorgesehen.

Wie eingangs beschrieben gibt es Forderungen, die fast alle Parteien stellen. Viele davon sind nicht neu und ihre Umsetzung dürfte teilweise auch in Zukunft schwierig bleiben.

Wir Lehrer\*innen wissen, dass individuelle Förderung und Chancengleichheit nicht nur eine Frage schulischer Bildung ist. Fortbildung ist neben dem anstrengenden Schulalltag eine echte Herausforderung. Das Zwei-Pädagog\*innen-Prinzip in der Inklusion wird angesichts der schlechten Lehrer\*innenversorgung wohl noch länger ein frommer Wunsch bleiben.



*Wie kann der Lehrerberuf attraktiver werden?*

Überhaupt: Wie der Lehrerberuf attraktiver werden soll bleibt offen. Das Bild der Lehrer\*innen in unserer Gesellschaft ist über längere Zeit entstanden und zu diesem Bild haben in der Vergangenheit nicht zuletzt auch Politiker\*innen beigetragen. Wie es sich in näherer Zukunft schnell verbessern soll, wird in den Wahlprogrammen nicht erklärt.

Und am Ende bleibt trotz aller Bekenntnisse zu guter Bildung für alle Schüler\*innen in Baden-Württemberg die Frage, wie diese trotz knapper Ressourcen und mit schwarzer (oder grüner) Null und ohne Steuererhöhungen gewährleistet werden kann.

*Christian Meissner*

---

## Christian Meissner

*Schickhardtschule GMS,  
Bezirksvertrauensperson der  
schwerbehinderten Lehrkräfte,  
Mitglied des Örtlichen Personalrats  
beim Staatlichen Schulamt  
Stuttgart, Pressesprecher im GEW  
Kreis Stuttgart*

---



# Schule in Zeiten der Pandemie

## Jubiläum statt Jammerjahre - nicht weniger Lernzeit, sondern mehr für Alle!

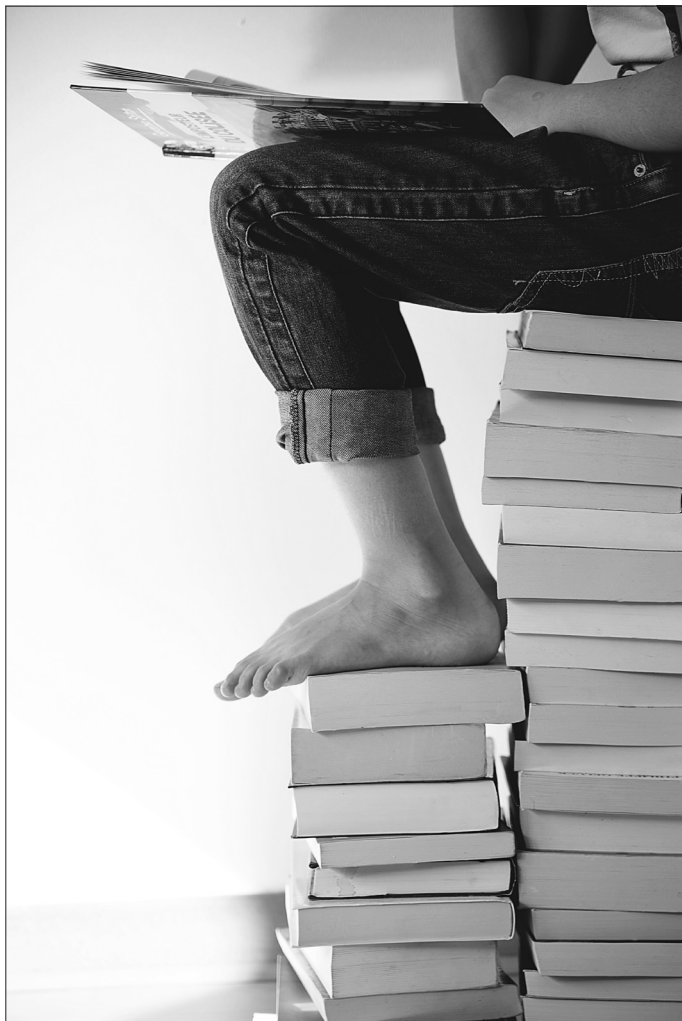
### Ein Vorschlag zur Entschärfung der durch die Corona-Pandemie entstandenen Bildungskrise:

Zur aktuellen Lage: der Druck auf alle ist enorm groß: Kinder, Jugendliche und Auszubildende sollen in diesem Schuljahr den gesamten Lernstoff, den sie sich auch sonst nur mit viel Einsatz wirklich gut aneignen können, über weite Teile im Fernunterricht und in insgesamt weniger Schultagen erlernen.

Eltern sollen neben ihrer Arbeit, den eigenen Kindern als Hilfslehrkräfte dienen, wobei es nicht nur Fachliches zu erklären, sondern auch zu motivieren gilt.

Lehrkräfte versuchen auf den verschiedensten Wegen, jedoch immer auf Distanz, ihren Schülerinnen und Schülern die Inhalte des Bildungsplanes beizubringen, Noten zu geben, Zeugnisse und Bildungsempfehlungen zu formulieren, Erziehungsarbeit zu leisten und natürlich auch zu motivieren.

Und dies alles in einer Zeit, in der die gesamte Gesellschaft, jede und jeder Einzelne, durch die aktuelle Krise psychisch, sozial und oft auch physisch enorm belastet ist.



*Wir nehmen uns einfach alle die Zeit!*

Experten unken jetzt schon, dass die gesamte Generation ein Leben lang darunter leiden und z.B. am Ende 3% weniger verdienen wird, mit all den Langzeitfolgen, die damit zusammenhängen.

Mit Interesse habe ich die Idee der GEW gelesen, dass es am Ende dieses Schuljahres kein Sitzenbleiben geben soll. Der Gedanke dahinter erscheint mir zwar einleuchtend, löst aber meines Erachtens die Probleme nicht, auf die wir schulisch gerade zusteuern!

Bei so einer Problemstellung scheint mir das Aussetzen einer Versetzungsentscheidung oder ein ausgeklügeltes Tutorensystem, das Wegfallen von Sommerferien oder eine, wie auch immer geartete Sommerschule, wie ein Pflaster auf einer offenen Pulsader: gut gemeint, aber sinnlos.

Es muss eine große Lösung her. Eine Entscheidung, die den Druck, zumindest schulisch, aus der Situation nimmt.

Als Schulleiterin einer Grundschule, Mitglied im Personalrat, Mitglied des GEW Kreisvorstandes Stuttgart und Gesprächspartnerin vieler junger Familien bringe ich folgenden Vorschlag ein: Fordern wir mehr Lernzeit für alle und nicht weniger! Daher mein Vorschlag, der beispielsweise in Nordrhein-Westfalen diskutiert wird und den der Lehrerverband auch schon ins Spiel gebracht hat (wobei lediglich als „Sitzenbleibjahr“ für schwache Schüler, was mir bei weitem nicht als ausreichend erscheint) und in Afrika das eine oder andere Land aus der Not heraus schon jetzt durchführt: ein schulisches Jubiläum!

Beinahe alle Klassenstufen bekommen bei diesem Konzept ein zusätzliches Schuljahr – ein Jubiläum, angelehnt an das biblische Jubiläum zum Schuldenerlass.

Ausgenommen werden nur die Abschlussklassen der Schulen: Alle Haupt-, Werkreal-, Real- und Gymnasialprüfungen werden durchgeführt. Hier wird schon überlegt und diskutiert, wie diese Prüfungen für die Schülerinnen und Schüler erleichtert werden können bzw. ihnen eine Hilfestellung geben werden kann.

Die Kultusministerkonferenz hat sich hier jedoch schon klar positioniert und der zeitliche Handlungsspielraum diesbezüglich ist vorüber.

Für das Bildungsjubiläum wäre es aber sowieso notwendig, dass diese Klassenstufen aus dem System herausgenommen werden. Nur so stünden ausreichend Lehrkräfte und Räume für die nächstjährigen „Vorbereitungsjahrgänge“ zu Verfügung. Beim Jubiläumskonzept gehen die Kinder der vierten Klassen aus der Grundschule an die gewählten weiterführenden Schulen und bekommen dort zunächst ein auf diese Schulart vorbereitendes Schuljahr.

Alle kommenden Erstklässler werden eingeschult. Auch dies ist notwendig, da in den Kindertageseinrichtungen schon jetzt lange Wartelisten bestehen. Ein längeres Verweilen im Kindergarten ist daher nicht möglich und bei schulreifen Kindern auch nicht sinnvoll.

In diesen Grundschuleingangsklassen soll die Vorbereitung auf die Schule, auf das schulische Lernen im Mittelpunkt der Arbeit des Schuljahres 21/22 stehen.

Schülerinnen und Schülern, die nach diesem aktuellen Jahr keine Lerndefizite aufweisen, könnten auf verschiedene Weise weiter- oder tiefengebildet werden:

# Schule in Zeiten der Pandemie

---

1.) Im Laufe des Schuljahres könnten Kinder, die einen enorm hohen Lernstand haben, unbürokratisch in die gerade wiederholende „nächste Klasse“ versetzt werden.

Sie können, sie müssen jedoch nicht. Ausnahmen bilden hier die Abschlussklassen, da es im Schuljahr 21/22 keine Abschlussprüfungen geben würde. (Wer partout seinen Abschluss (HS, WRS, RS, Abitur) machen möchte, dem könnten in zentralen Schulen die Möglichkeit zu Schulfremdenprüfungen angeboten werden.)

2.) Diese Schülerinnen und Schüler könnten als „Tutoren“ Klassenkameradinnen und Klassenkameraden ihrer Stufe oder einer darunter zur Seite gestellt werden.

3.) Durch Tiefen- und Breitenbildung könnten diese Kinder und Jugendliche, unterstützt und begleitet durch Lehrkräfte, sich intensiv mit schulischen Randthemen oder selbstgewählten „Sternchenthemen“ (Forschung, Naturschutz, Sport, Sprachen, Instrumente, Schauspiel, Programmieren, Praktika, ...) auseinandersetzen.

Wie oben erwähnt, würden im Schuljahr 21/22 keine Abschlüsse gemacht. Ob dies zu einer enormen Flut an offenen Lehrstellen und Studienplätzen führt, bliebe abzuwarten. Gleichzeitig wäre dies für die Auszubildenden, die momentan keine ausreichenden Lernmöglichkeiten in den Betrieben haben, eine gute Gelegenheit, ohne Probleme die Ausbildungszeit zu verlängern. Universitäten könnten einmalig ihren Numerus Clausus in unterbesetzten Studienfächern herabsetzen und so die aktuellen Warteschlangen abbauen. Das würde auch den Schülerinnen und Schülern entgegenkommen, die in diesem Jahr einen vielleicht nicht ganz so guten Abschluss machen werden. Den besonderen Vorteil sehe ich aber bei allen anderen Schülerinnen und Schülern.

In der Grundschule müssen wir immer schon weitgehend unseren Lehrstoff an das individuelle Können des einzelnen Kindes anpassen. Zudem sind wir angehalten, die Lebenswelt und die Lernbedürfnisse unserer Schülerinnen und Schüler zu berücksichtigen und unserem Unterricht zu Grunde zu legen. Dies kommt oft leider viel zu kurz und wird der Menge der Inhalte und der zu erreichenden Ziele geopfert. Endlich hätten wir die Gelegenheit alle Kinder zu fördern:

Einmal die, die bei den schulisch geforderten Kompetenzen noch Lücken schließen müssen, und die Kinder, die diese Kompetenzen schon erreicht haben. Sie könnten, wie oben beschrieben, andere, selbstgewählte Lerngebiete erkunden. Eine andere, hoch motivierende Art des Lernens, die zu fördern, zu unterstützen und zu begleiten für viele Lehrkräfte eine wunderbare Erfüllung ihrer Profession wäre.

Die Möglichkeiten, die in einem solchen Lehr- und Lernjahr liegen, sind so vielfältig und überwältigend gut für Lehrende und Lernende, dass es hier den Rahmen sprengen würde, diese auszuführen. Mit großer Begeisterung und Freude würde ich gemeinsam mit Anderen dafür weitere Ideen und Ansätze beisteuern bzw. entwickeln.

Natürlich wäre es gut, wenn dieser Weg in ganz Deutschland eingeschlagen werden würde. Aber eine gemeinsame, länderübergreifende Bildungspolitik ist nicht absehbar.

Von der Wirtschaft würde sicherlich mit Sorge angemerkt, dass es im Schuljahr 21/22 keine Abschlussklassen gäbe. Das wäre selbstverständlich ein großer Nachteil für Baden-Württemberg.

Doch als großes Plus hätte Baden-Württemberg danach keine „Generation Corona“ oder zumindest wären die Folgen weit weniger gravierend, als in anderen Bundesländern. Meiner Überzeugung nach, wäre es sogar auf längere Sicht ein „Wettbewerbsvorteil“.

Eine Bildungsgewerkschaft sollte nicht nur für „Pflaster“ bzw. Mundschutzmasken kämpfen. Natürlich ist das wichtig und alle Mitglieder sind dankbar!

Aber eine Gewerkschaft sollte meines Erachtens darüber hinaus gesellschaftliche Perspektiven aufzeigen. Das Bildungsjubiläum wäre eine Vision, die das vielleicht leisten könnte. Wahrscheinlich wurde und wird in dieser Richtung schon viel diskutiert. Zumindest hoffe ich das. Und hier sei die Diskussion nun auch eröffnet. Lasst uns darüber reden!

Meinungen, Gedanken und Anmerkungen dazu gerne an:  
post@czisch.eu

Tanja Czisch

---

## Tanja Czisch

*Schulleiterin der Wilhelmsschule  
GS in Untertürkheim, GEW  
Kreisvorsitzende im Team, Mitglied  
im ÖPR beim Staatlichen Schulamt  
Stuttgart*



---

## Und es geht schon wieder los...

Schon wieder befinden wir uns als GEW in den Startlöchern zur nächsten Tarifverhandlung. Die Pandemie hat unser Leben so stark beeinflusst, dass viele Kolleg\*innen gar nicht gemerkt haben, wie die Zeit vergangen ist. Schließlich wurden wir täglich mit Inzidenzzahlen, Todesfällen durch Corona, Maskenpflicht, Coronafällen bei Schüler\*innen und Kolleg\*innen, die Handhabung von Moodle im Fernunterricht und vielem anderen konfrontiert.

Doch nun ist es wieder soweit. Da die Laufzeit des Tarifvertrages mit den Ländern am 30. September 2021 endet gilt es nun diese Verhandlungen vorzubereiten. Doch das betrifft doch nur die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, wird der ein oder andere vielleicht denken. Doch weit gefehlt!

An den Tarifverhandlungen sitzen zwei Parteien an einem Tisch. Auf der Arbeitgeberseite befinden sich die Vertreter\*innen der Bundesländer, außer Hessen. Hierunter gibt es finanzstarke und finanzschwache Länder. Und natürlich ist es das Ziel der Arbeitgeber (Ländervertreter) so wenig wie möglich Geld auszugeben. Das begründen sie mit einer steigenden Verschuldung. In den letzten Jahren haben sie mit der „schwarzen Null“ argumentiert. Wahrscheinlich werden sich die Arbeitgeber in dieser Tarifrunde auf das Argument der hohen Kosten für Corona Maßnahmen stützen.



Auf der anderen Seite sitzen die Vertreter\*innen der Tarifbeschäftigten der verschiedenen Bundesländer. Das sind aber nicht nur die tarifbeschäftigten Lehrkräfte, sondern auch die Beschäftigten der Polizei, Mitarbeiter\*innen der Universitäten, Beschäftigte der Justizverwaltung, Beschäftigte aus dem Sozial- und Erziehungsdienst u.a. gehören dazu. Diese sind in den verschiedenen Bundesländern auch in unterschiedlichen Gewerkschaften wie GEW, Verdi, G.d.P. u.a. organisiert. Zunächst müssen diese sich in ihren Organisationen über die Ländergrenzen hinweg verständigen. Sie müssen entscheiden, was sie für Ihre Mitglieder erreichen wollen. Schon das hört sich einfacher an als es ist. Schon allein bei den tarifbeschäftigten Lehrkräften innerhalb der GEW gab es in den letzten Verhandlungsrunden unterschiedliche Vorstellungen. Während es den ostdeutschen Bundesländern wichtig war, eine Angleichung zum Westniveau zu erreichen, wollten die Länder in Westdeutschland eine Lohnerhöhung, da in vielen Ballungsräumen die Mieten und für alle die Lebenshaltungskosten immer mehr stiegen.

In den einzelnen Berufsgruppen gibt es unterschiedliche Einkommensstrukturen und jede Gewerkschaft wird versuchen für ihre Mitglieder das Beste rauszuholen.

Letztendlich wird vor Beginn der Tarifverhandlungen zwischen den Gewerkschaften ein Gesamtpaket abgesprochen. Auch wenn die Tarifverhandlungen erst im Herbst 2021 beginnen, beginnt

Diese Verhandlungsrunde wird eine Entgelt- und eine Besoldungsrunde sein. Auch eine Besoldungsrunde, weil die Arbeitgebervertreter bei ihren Zugeständnissen in den Verhandlungsrunden genau berechnen, was sie die Gehaltserhöhung sowohl für die Tarifbeschäftigten als auch für die Beamten kosten wird.

Um die Forderungen der Gewerkschaften durchzusetzen werden wir wieder alle gefragt sein. Tarifbeschäftigte und Beamte. Ja, im Herbst geht es dann schon wieder los. Da werden viele Tarifbeschäftigte streiken und an den Demonstrationen teilnehmen. Doch trotz Streikverbot der Beamten werden wir die Unterstützung der Beamten benötigen. Streikverbot bedeutet lediglich, dass man nicht die Arbeit niederlegen darf. Trotz Streikverbot dürfen aber Beamte nach Unterrichtsende an der Kundgebung und an der Demonstration teilnehmen. Sie solidarisieren sich mit den Tarifbeschäftigten, wenn sie für ihre streikenden Kollegen keine Vertretungsstunden übernehmen. Ebenso dürfen sie sich an Unterschriftenaktionen und den zahlreichen Aktionen beteiligen. Ja, es geht schon wieder los und zwar mit einer Entgelt- und Besoldungsrunde. Und die geht alle was an!

*Gabriele Stork*

---

## Gabriele Stork

*Lehrerin an der Kaufmännischen Schule 1 Stuttgart, Mitglied des Kreisvorstandes Kreis Stuttgart, Vertreterin der Tarifbeschäftigten im BPR Berufliche Schulen am RP Stuttgart*



## Ein Leserbrief an die Stuttgarter Zeitung vom 31. Januar 2021

### Unterricht ja, Unterricht nein, Wechselunterricht?

Was tun, um die Begegnungen in der Schule zu minimieren und trotzdem die Bildung zu gewährleisten?

Ob mit oder ohne Pandemie ist es dringend erforderlich den Klassenteiler in den Grundschulen auf 20 Kinder zu beschränken. Individuelles Lernen, Differenzierung, besondere Förderungen und Forderungen um jedem einzelnen Kind an der Grundschule die Lernumgebung zu gestalten, die es für die eigenständige Entwicklung, hin zum selbstständigen Lernen braucht, erfordert Zeit. Bei einem Klassenteiler von 20 Kindern verbleibt mehr Zeit für das einzelne Kind. Dies gilt im alltäglichen Unterricht an der Schule. Dies gilt jedoch ganz besonders auch im Fernunterricht. Wie immer dieser auch aussieht. Die Politik sollte jetzt die Zeit nutzen, um den Klassenteiler anzupassen. Das wäre eine präventive Maßnahme gegen die Pandemie. Es wäre eine Investition für das zukünftige Bildungsland Baden-Württemberg. Die Auswirkungen auf die Bildung der vergangenen Monate könnten gemildert werden. Wenn es Politiker\*innen gibt, die den Mut haben, tatsächlich Verbesserungen an den Grundschulen sofort umzusetzen. Die Anpassung des Klassenteilers von 20 Kindern ist zudem ein längst notwendiger Schritt, um die Anforderungen des Bildungsplanes 2016 umsetzen zu können. *Annemarie Raab*

---

## Annemarie Raab

*Schulleiterin der Falkerschule GS, Stellvertreterin für Grundsatzfragen im Vorstand der GEW*



**Hast du Interesse an der Mitarbeit im Kreis? Melde Dich!**

**[kv-stuttgart@gew-bw.de](mailto:kv-stuttgart@gew-bw.de)**

**Wir freuen uns!**

**Auf unserer Homepage siehst du, was aktuell so läuft: <https://www.gew-bw.de/stuttgart/>**

## Steuerliche Veränderungen und neue Urteile für 2020 und 2021

Der Bundestag und der Bundesrat haben für die Jahre 2020, 2021 und zum Teil auch für 2022 umfangreiche steuerliche Änderungen verabschiedet.

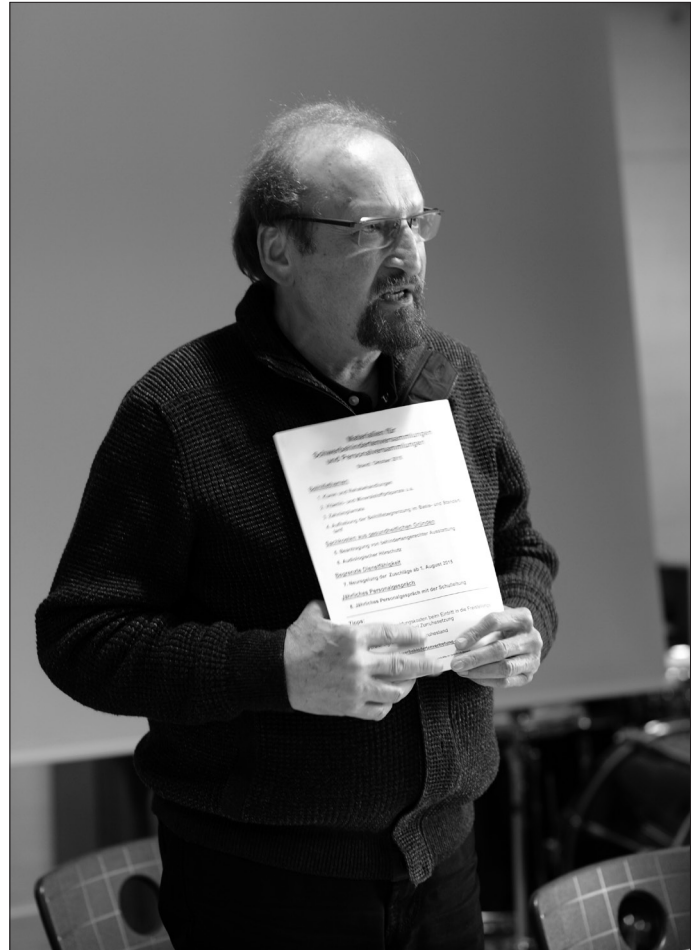
Wir haben diese Änderungen aufbereitet und in einem mehrseitigen Infoblatt zusammengestellt. Es ist zusammen mit der 2020 erschienenen Broschüre „Steuerklärung“ ab Mitte Februar beim SPV bestellbar. Der Mitgliederpreis incl. der Veränderungsblätter beträgt 6,-. Für Nichtmitglieder 10,-. Dazu kommen noch die Versandkosten von 3,-€. Die Kosten können steuerlich geltend gemacht werden.

<https://spv-s.de/shop/weitere/steuererklaerung-438.html>

Inhaltlich geht es dabei um folgende Veränderungen:

- Abschaffung des Solidaritätsbeitrags für 90% der Steuerpflichtigen
- Neue Sparzulagen und Wohnungsbauprämien
- Neue Freibeträge für viele Bereiche
- Kindergeld, Kinderfreibeträge, Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende und Kinderbonus
- Anhebung der Pendlerpauschale und Mobilitätsprämie
- Homeoffice-Pauschale und steuerfreie Corona-Sonderzahlungen
- Neue Absetzbarkeit bei digitalen Wirtschaftsgütern wie Computern usw. in voller Höhe
- Neue Pauschalen für Umzugskosten und Fahrten (z.B. für Klassenfahrten) ins Ausland
- Spenden für Corona-Hilfen und neue Höchstbeträge für Altersvorsorgeaufwendungen und Umgang mit sonstigen Vorsorgeaufwendungen
- Neue Steuerwerte und Freibeträge bei Beginn der Rente und des Ruhestandes sowie neue Formulare für die verschiedenen Rentenarten
- Anhebung des Unterhalt höchstbeitrages und Verdoppelung der Pauschbeträge für Behinderte
- Einführung einer behinderungsbedingten Fahrtkostenpauschale und Verbesserungen beim Pflege-Pauschbetrag
- Erhöhung der Ehrenamtspauschale und des sog. Übungsleiterfreibetrages

- Verlustvortrag insbesondere für Anwärtler und Referendarinnen
  - Urteile zur Unfallversicherung auf dem Weg zur Arbeitsstätte und Absetzbarkeit der Kosten für Gehwegreinigung und für's Schneeräumen.
- Kurt Wiedemann*



*Kurt Wiedemann ist ehrenamtlicher Richter beim Finanzgericht Baden-Württemberg und führte für die GEW die Arbeitszimmerklage über den Bundesfinanzhof bis zum Bundesverfassungsgericht*

---

## „Die Qual der Wahl“

Der DGB bietet unter diesem Motto eine gewerkschaftliche Wahlbegleitung an, außer einer Wahlarena mit Spitzenkandidat\*innen auch eine digitale Veranstaltungsreihe „Zusammenhalt in der Gesellschaft“. Am Montag, dem 8. Februar war der Beginn mit einem Vortrag der Sprachwissenschaftlerin Prof. Heidrun Kämper vom Institut für deutsche Sprache, Mannheim, über die Sprache der AfD. Eindrucksvoll zeigte sie nicht bloß eine quantitative Analyse von Zwischenrufen und Provokationen bei Landtagssitzungen, die maximale Aufmerksamkeit beschern und zur Selbstinszenierung als „wahre Opposition“ dienen sollen.

Sie untersuchte auch den sprachlichen Habitus und bestimmte Argumentationsfelder und entlarvte dabei geistige Nähe zum Nationalsozialismus, Fremdenfeindlichkeit und Missachtung der Menschenwürde. Aus der Fülle der Zitate hier nur ein kleines Beispiel: „dem Recht wieder zur Durchsetzung helfen“ (AfD-Programm 2016), das unterstellt, dass der Rechtsstaat kaputt ist, und mit solchen Aussagen kann man Unzufriedene leicht einfangen (vgl. Trump: „Make America great again!“). „Deutsch“ als Legitimationsvokabel (z.B. „deutsche Leitkultur“) bezeichnet nicht sachlich die Herkunft, sondern bewertet eine Eigenschaft – und grenzt andere aus. Hüten wir uns davor solche Sprachmuster zu übernehmen.

*Marlies Beitz*



## Warum es Sinn macht als Rentner\*in/ Pensionär\*in weiterhin in der GEW zu sein.

1. Die GEW ist eine Solidargemeinschaft, das bedeutet für Pensionär\*innen und Rentner\*innen, dass sich die Gesamt-GEW mit dem Einfluss ihrer 50.000 Mitglieder in Baden-Württemberg z.B. für eine gute Pension und für Verbesserungen bei den Renten einsetzt.

- Z.B. durch den Einsatz für die zeitgleiche Übertragung von Gehalts- und Lohnerhöhungen auf die Pensionen
- Für verbesserte Anrechnungszeiten für die Kindererziehung und die Zeiten für die Pflege von Angehörigen
- durch die Abwehr von Einschränkungen bei Pensionen durch politischen Druck und durch Klagen z.B. vor dem Bundesverfassungsgericht.

Im Gegenzug bedeutet die Solidargemeinschaft aber auch, dass sich auch die Pensionär\*innen und Rentner\*innen zusammen mit den aktiven Lehrerinnen und Lehrern für eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen der noch berufstätigen Kolleg\*innen einsetzen.

2. Vertretung gegenüber dem Landesamt für Besoldung und Versorgung bei Problemen

- bei Pensionszahlungen
- bei der Zusatzversorgung für Rentner\*innen

Gerade in der Pension und im höheren Alter nehmen oftmals gesundheitliche Einschränkungen zu und es gibt damit verbunden Probleme mit der Beihilfe.

Hinzu kommt, dass die Beihilfe mit 70% Anteil den größten Anteil der Kostenerstattung trägt.

Bei Fragen und Problemen mit dem LBV ist nicht irgendein privater Rechtsschutz von Nöten, sondern ein Rechtsschutz der sich mit Beihilfefragen und dem Landesamt für Besoldung und Versorgung gut auskennt.

Gegenüber privaten Krankenkassen kann die GEW leider nicht als Vertretung auftreten, da es sich um einen privaten Vertrag handelt.

Häufig kann die GEW aber z.B. durch Schreiben oder durch Einflussnahme ihrer Vertretungen auf eine private Versicherung positiv einwirken.

Versicherungen verderben es sich nicht gerne mit 50.000 Mitgliedern einer Gewerkschaft.

3. Regelmäßige Informationen durch die Personengruppe Mitglieder im Ruhestand z.B. über Veränderungen beim Pflegegesetz, allen Fragen der Vorsorge durch ihre Zeitschrift „Aktiver Ruhestand“.

Letzte Themen waren z.B.

- Rechte älterer Menschen
- Beihilfe bei Krankenhausaufenthalt und Reha-Behandlung
- Patientenverfügung und vieles mehr

4. Regelmäßige Unternehmungen der Personengruppe Mitglieder im Ruhestand

- Örtliches Programm der Mitglieder im Ruhestand
- Veranstaltungen und Exkursionen der Kreise auch für Ruheständler

- Seminare und Fortbildungen für Ruheständler auf Landesebene
- Reiseangebote der Mitglieder im Ruhestand auf Landesebene

5. Behinderung, Gleichstellung und Schwerbehinderung  
Rechtsschutz beim Verfahren gegenüber dem Versorgungsamt, dem Sozialgericht und dem Landessozialgericht sowie den aus der Eigenschaft als Behinderter, mit Schwerbehinderten Gleichgestellten und aus der Schwerbehinderteneigenschaft ergebenden Steuerfragen und Problemen bei RehaMaßnahmen und der Beihilfe.

6. Jährliche Steuertippveranstaltungen und regelmäßige Neuauflage der Broschüre Steuertipps. Eine darüberhinausgehende Steuerberatung ist leider nicht möglich.

Eine gute Beratung bieten hier die Lohnsteuerhilfvereine  
Rechtsschutz bei Streitigkeiten für den beruflichen Bereich (Versorgung und Beihilfe). Unbedingt vor jeder Beauftragung eines Anwalts beim Rechtsschutz des jeweiligen GEW-Bezirktes melden.

7. Mitgliedschaft im Autoclub Europa (ACE)

Kostengünstiger Autoclub mit einer Mitversicherung auch für Fahrräder und E-Bikes

8. Zusammenfassung: Eine solidarische Gewerkschaft berät und hilft sich gegenseitig, lässt keine Gruppe außer acht und hat einen erfahrenen und insbesondere gegenüber dem LBV sehr kenntnisreichen Rechtsschutz.

Hinweis:

Beim Eintritt in den Ruhestand als Pensionär\*in oder Rentner\*in ermäßigt sich der GEW-Beitrag. Bei Empfängern von Pensionen/ Renten beträgt der Beitrag 0,68% des Bruttorehustandsbezuges. Bitte unbedingt die GEW schriftlich über den Eintritt in den Ruhestand benachrichtigen.

Der Beitrag ist bei der Steuererklärung unter Werbungskosten in der Anlage N anzugeben.

Stand: Januar 2021

gez. Kurt Wiedemann \*



Kurt Wiedemann war Personalrat und Schwerbehindertenvertreter sowie Hauptvertrauensperson für schwerbehinderte Lehrkräfte beim Kultusministerium. Er ist seit 15 Jahren ehrenamtlicher Richter beim Finanzgericht Baden-Württemberg.

## „Wer die Wahl hat... muss Entscheidungen treffen“

Wir befinden uns in einem Wahljahr. Es werden unter anderem ein neuer Landtag in Baden-Württemberg und im Herbst eine neue Bundesregierung gewählt. Alle Wahlberechtigten können ihre Stimmen abgeben, um die Politik der nächsten Jahre in Deutschland mitzubestimmen.

Ein wertvolles Recht unserer Demokratie.

Verschiedene Alternativen zu bewerten und schließlich eine Entscheidung zu treffen, ist für viele Menschen jedoch auch eine Herausforderung. Sich zu entscheiden bedeutet, sich auf eine Richtung festzulegen und dabei andere Möglichkeiten und den vielleicht hiermit einhergehenden Nutzen auszuschließen.

Wenn wir die Wahl zwischen zwei oder mehr Alternativen haben, heißt das auch immer, dass wir uns gegen etwas entscheiden müssen. Nicht umsonst heißt es „Wer die Wahl hat, hat die Qual.“ Wir können heute so viel in unserem Leben entscheiden wie nie zuvor, die Auswahl an Möglichkeiten steigt zunehmend. Dies macht uns den Alltag nicht unbedingt leichter. Denn jede Entscheidung, die ich selber treffe, sollte ich auch selbst verantworten und vertreten können. Diese Verantwortung sollte uns aber nicht zur Last werden, sondern sollte uns dazu befähigen, unser Leben aktiv in die Hand zu nehmen.

Oftmals schieben wir aber Entscheidung (über Jahre) vor uns her. Wir haben Angst vor den möglichen Konsequenzen oder den mit der Entscheidung einhergehenden Risiken. Weitermachen wie bisher und sich treiben lassen in der Gemengelage aus Erwartungen und eigener Gewohnheit ist häufig das unterbewusste Motto. Gerne lassen wir auch andere für uns die wichtigen Entscheidungen treffen. Dann kennen wir auch einen Schuldigen, wenn es schiefgeht. Ein bequemes Leben, denn selbst Entscheidungen für sein Leben zu treffen, kostet Energie und ist vielleicht sogar riskant!

Doch dieser Einsatz von Energie ist lohnenswert. Er zeigt uns, dass etwas passiert, sich etwas entwickelt, dass wir uns selbst vertrauen und Zutrauen in unser Handeln haben.

Keine Entscheidung treffen, sich hinter den Gewohnheiten verstecken und im schlimmsten Fall sogar einfach nur blind einer Gruppe nachlaufen, ist kein proaktives Ausüben unseres demokratischen Rechts. Keine Entscheidung treffen macht uns auch immer mehr antriebslos, mehr sprachlos und lässt uns immer mehr passiv in unserem eigenen Leben werden.

Wählen zu gehen ist nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht jedes Einzelnen gegenüber der Gesellschaft.

Wer Entscheidungen trifft, bringt sich aktiv ein, drückt seine Haltung damit aus, ist sich bewusst darüber, dass unser gemeinschaftliches Miteinander nicht einfach funktioniert, sondern aktiv gestaltet werden muss. Wie unsere Welt im Großen aussieht hängt daran, wie jeder von uns damit im Kleinen umgeht, was ich selbst daraus mache.

Das ist bei unseren kleinen Gewohnheiten und in den kleinsten Gemeinschaften sowie in den großen politischen Gremien nichts Anderes. Es bringt nicht viel sich hinter den Gewohnheiten und

Bequemlichkeiten, den Delegierten und der Bürokratie, hinter Parolen und einfachen Glaubenssätzen zu verschanzen. Wir haben immer eine Wahl, können immer eine Entscheidung treffen, die uns direkt und indirekt beeinflusst.

Nutzen wir aktiv die Chance um eine gute und gelungene Entscheidung zu treffen, für die nächsten Jahre hier in unserer Gemeinschaft im Ländle und im Bund. Seien Sie mutig, informieren Sie sich, diskutieren Sie, treffen Sie eine Entscheidung!

*Doris Fries*

### Doris Fries

*Vorsitzende des Örtlichen Personalrats beim Staatlichen Schulamt Stuttgart, Rechnerin im Kreis, Vorsitzende im Team GEW-Kreisfachgruppe SBBZ, Lehrerin am SBBZ, Gustav-Werner-Schule*



**BILDUNG**  
ist die beste Verteidigung

Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.  
[www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)

## Frieden machen

**Es gibt eine Ausstellung zum Ausleihen: Frieden machen – gelungene Beispiele aus aller Welt**

Geschichten von Menschen, die „Frieden machen“. Diese Geschichten können ermutigend sein, in einer Zeit, die uns auf so vielen unterschiedlichen Ebenen, in unserem friedlichen Miteinander herausfordert.

Diese Geschichten (eine Geschichte wird auf einem Roll up, dargestellt), bieten uns auch neue Perspektiven auf einen gewaltfreien und konstruktiven Umgang mit Konflikten und Widersprüche.

Die Ausstellung „Frieden machen – gelungene Beispiele aus aller Welt“ wird von der Servicestelle Friedensbildung Baden-Württemberg angeboten.

Es ist eine Roll-up Ausstellung. Gezeigt werden 30 erfolgreiche Friedensprojekte aus rund 30 Konfliktregionen der Welt. Diese wurden seit 2003 von Journalist\*innen der Reportergemeinschaft Zeitspiegel aus Weinstadt recherchiert und veröffentlicht. Es sind Beispiele erfolgreicher Friedensengagements, dokumentiert für ein weltweites Publikum. Auch die Beispiele für die Friedensprozesse reichen über alle Kontinente.

Japan: Offen reden auf hoher See

Kolumbien: Ball statt Revolver

Mali: Die Rückkehr der Wüstenritter

Nordirland: Zwei Exterroristen denken um

Russland: Im Namen der Frau

Die besten Reportagen wurden ausgesucht und für Schüler\*innen exemplarisch zusammengestellt. Das Roll-up fasst den Inhalt der Reportage, die auf der Homepage hinterlegt ist, zusammen. Reportagen, Begleitmaterialien und Workshopangebote sind auf der Website der Servicestelle Friedensbildung zu finden.

*www.friedensbildung-bw.de, Servicestelle Friedensbildung -Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Haus auf der Alb, Hanner Steige 1, 72574 Bad Urach, 07125-152-133*

Schulen können die Ausstellung kostenfrei ausleihen. Der Transport muss selbständig organisiert werden.

Für die Ausstellung „Frieden machen“, ist Schule ein passender Ort, um sie zu zeigen.

Frieden ist spannend und möglich.

Frieden geht uns alle an.

Die Servicestelle Friedensbildung ist eine halbstaatliche Institution. Seit 2015 besteht die Servicestelle Friedensbildung in Baden-Württemberg. Getragen wird sie von der Landeszentrale für politische Bildung, der Berghof Foundation und dem Kultusministerium. Der damalige Kultusminister Stoch (SPD) hat diese Servicestelle auf das Drängen des Bündnisses „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ gegründet. Vorausgegangen war 2014 die „Gemeinsame Erklärung zur Stärkung der Friedensbildung an den baden-württembergischen Schulen“. Diese gemeinsame Erklärung wurde auch von der GEW unterschrieben. Die Erklärung ist auf der Website Servicestelle nachzulesen. Sie bildet die Grundlage für die Arbeit der Servicestelle.

Innerhalb der GEW gibt es eine Arbeitsgruppe Frieden. Interessierte sind bei der Mitarbeit willkommen.

Annemarie.raab@gew-bw.de

Annemarie Raab



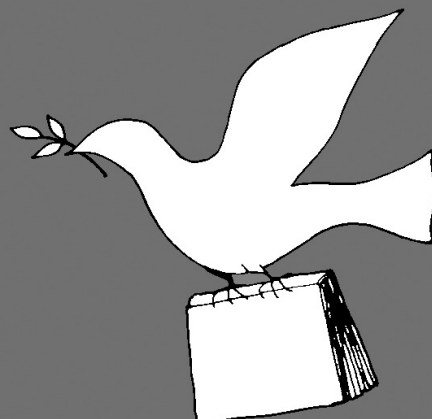
Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.

[www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de](http://www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de)



U.S.A.F. v/a Roland Raab, Initiative „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“, Weinstadt 10, 70548 Stuttgart

Krieg war gestern.  
Heute erklären  
wir Frieden.





## Zum 100. Geburtstag von Rachel Dror

Unsere Kollegin Rachel Dror, die bis zu ihrer Pensionierung an der Stuttgarter Immenhoferschule (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum für Schwerhörige) unterrichtete, feierte am 19. Januar 2021 ihren 100. Geburtstag. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ehrte ihr langjähriges Mitglied und engagierte Pädagogin mit der Pflanzung mehrerer Bäume in Israel. Bedingt durch das Coronavirus (nur eine Person ist erlaubt) war die GEW-Delegation bei der Gratulation durch Gert-Jürgen Scholz vertreten.

Besonders zu würdigen ist insbesondere ihre beharrliche Aufklärungsarbeit und das Bemühen um ein besseres Verständnis zwischen Juden, Christen und Muslimen, für das sie sich jahrzehntelang in Schulen, Pädagogischen Hochschulen, Lehrerakademien und bei Synagogenführungen engagierte.

Rachel Dror wurde 1921 in Königsberg geboren und konnte 1939 mit dem letzten legalen Schiff der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik, der 1941 ihre Eltern im Konzentrationslager Auschwitz zum Opfer fielen, entkommen und nach dem damaligen Palästina ausreisen. Von dort kehrte sie 1957, getrennt von ihrer Familie, nach Deutschland zurück. Ihr weiterer Lebensweg führte sie 1962 nach Stuttgart. Hier begann sie 47jährig noch ein Pädagogikstudium und unterrichtete anschließend an der Immenhoferschule. Gleichzeitig trat sie in die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft ein, der sie inzwischen 53 Jahre lang bis heute verbunden ist.

In der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit arbeitet sie seit 1978 aktiv mit und leitet seit vielen Jahren den Erzieher\*innenausschuss. Durch ihre Synagogenführungen, durch zahlreiche Vorträge über „das Judentum“, über „Jüdische Sitten und Gebräuche“ sowie über „das Leben einer Deutsch-Jüdischen Familie während des Naziregimes ist die Kollegin Dror vielen Schülerinnen und Schülern sowie Kolleginnen und Kollegen

„Durch persönliche Begegnung den Abbau von Vorurteilen erreichen“, nennt sie selbst eines ihrer Ziele bei Gesprächen mit Jugendlichen und Student\*innen. Für ihre vielfältigen Verdienste um eine Verständigung von Juden, Christen und Muslimen ehrten die Stadt Stuttgart und die Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit Rachel Dror bereits zu ihrem 75. Geburtstag mit der Verleihung der renommierten „Otto-Hirsch-Medaille“. Wer, wie der Autor das Glück hat, die Kollegin Dror seit fast vier Jahrzehnten zu kennen und sie unzählige Male auf Fortbildungsveranstaltungen und in Gesprächen mit Schüler\*innen an der Schule erleben konnte, ist von ihrer Ausstrahlungskraft und ihrem stets unermüdlichen Engagement, immer wieder aufs Neue beeindruckt.

Die GEW gratuliert ihrem langjährigen Mitglied sehr herzlich zum 100. Geburtstag und wünscht ihr weiterhin eine gute Gesundheit.

*Kurt Wiedemann*



*Rachel Dror, 2012. Foto: A. Hagemann*

## Kalendereintrag

**"Den Ruhestand richtig planen", eine Veranstaltung mit Inge Goerlich. Sie wird am 17.03.2021 stattfinden.**

Eine Online-Veranstaltung für Lehrkräfte im Beamtenverhältnis. Umfassende Antworten gibt Inge Goerlich, Redakteurin des GEW-Jahrbuchs.

Anmeldung unter [cj.meissner@t-online.de](mailto:cj.meissner@t-online.de)

**Wer, wenn nicht wir...**

**GEW/**

## Impressum

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)  
Kreis Stuttgart, Silcherstraße 7, 70176 Stuttgart  
Verantwortlich: Jörn Pfeifer  
Layout: Angelika Steinhilper

Mit Namen oder Namenszeichen gezeichnete Beiträge stellen die Meinung der Verfasser dar und bedeuten nicht ohne weiteres eine Stellungnahme der GEW Kreis Stuttgart

Druck: GO Druck Media GmbH & Co. KG, Einsteinstraße 12-14, 73230 Kirchheim unter Teck